

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 08.12.2005 um 18.20 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

SPD-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeisterin Gold
Stadtrat Heisel
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Jeschke (bis 19.55 Uhr, Ziffer 4)
Stadtrat Mahlmeister

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm (bis 20.45 Uhr, Ziffer 11)
Stadtrat Lux
Stadtrat Rank
Stadtrat Schardt (bis 20.45 Uhr, Ziffer 11)
Stadträtin Schwab
Stadträtin Stocker
Stadtrat Straßberger
Stadtrat Weiglein

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Ley (bis 20.55 Uhr, Ziffer 11)
Stadtrat Lorenz
Stadtrat May (bis 20.30 Uhr, Ziffer 7)
Stadtrat Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt (ohne Ziffer 3)

FBW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag
Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp (bis 20.28 Uhr, Ziffer 5)

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt (ohne Ziffer 8)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter: Amtsrat Hartner
Dipl.-Ing. Lepelmann

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellter Müller

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Arayici
Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Dr. Kröckel
Stadträtin Sagol
Stadträtin Wallrapp

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Oberbürgermeister Moser mit, dass die Punkte 3.1 „Widerspruch Gartenstraße 1“ und 3.2 „Neubau eines Fachmarktes“ nicht behandelt werden. Er ergänzt, dass beim Widerspruch (TOP 3.1) die Begründung fehle und man dem Widerspruchsführer nun eine Frist zum 15.12.05 gesetzt habe. Zudem weist er auf das Schreiben der Antragsteller zum Neubau des Fachmarktes hin, die den Punkt aufgrund zu klärender Fragen abgesetzt haben möchten.

1. „Geschichtstreibhaus“:
hier: weiteres Vorgehen

Mit 25 : 1 Stimmen

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

An einer Realisierung der Projektidee besteht bis auf weiteres kein Interesse.

2. Vereinbarung mit PAM e. V. über die Durchführung von Sommerausstellungen ab 2008 – 2011

A. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a. SPD-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene teilt mit, dass aufgrund fehlender neuer Erkenntnisse seit der Kulturausschusssitzung vom 08.11.2005 die Fraktion keine Veranlassung sehe, eine Erhöhung von 3.000,00 € auf 10.000,00 € vorzunehmen. Zudem weist er auf den Aspekt hin, dass in den letzten beiden Jahren bei den freiwilligen Leistungen durchwegs gekürzt worden sei und spricht sich daher für die Beibehaltung des Zuschusses von 3.000,00 € aus.

b. CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein stellt fest, dass die PAM e.V. über viele Jahre hervorragende Ausstellungen durchgeführt habe, die jährlich steigenden Zuspruch fanden. Er spricht sich für einen Gesamtzuschuss von 10.000,00 € aus, das heißt 6.000,00 € als Sachkostenzuschuss sowie 1.000,00 € für Bauhofsleistung und 3.000,00 € für die Lagerkosten des Ausstellungsmaterial.

c. UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller stimmt Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene zu, dass in zuletzt freiwillige Leistungen durchwegs gekürzt worden seien, aber auch Stadtrat Weiglein, dass der Verein hervorragende Ausstellungen durchführe. Er weist aber darauf hin, dass eine Vielzahl von Vereinen etwas für die Stadt Kitzingen machen und er diese dann ungerecht behandelt sehe. Er spricht sich klar für einen Zuschuss von 3.000,00 € aus, die Bauhofsleistungen sollen so bleiben wie bisher (ges. 4.000,00 €). Zudem spricht er sich nach der Fertigstellung des Museums für eine neue Aufteilung der Ausstellungen aus. So solle eine Ausstellung im Jahr durch das Museum (im Museum) und eine weitere Ausstellung im Jahr durch die PAM e. V. erfolgen, die dann beide im Rahmen der Bezirkszuschüsse gefördert werden könnten.

d. FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter stimmt dem Vorschlag von Stadtrat Müller in vollem Umfang zu.

e. KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp spricht sich aufgrund der guten Arbeit durch die PAM e. V. für einen Sachkostenzuschuss von 10.000,00 € aus.

f. ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt spricht sich für den bisherigen Zuschuss von 3.000,00 € aus. Als zusätzliche Einnahmemöglichkeit regt sie ein Eintrittsgeld an.

B. Oberbürgermeister Moser weist hinsichtlich der Eintrittsgelder auf die Aussage des Herrn Christof in der Kulturausschusssitzung vom 08.11.2005 hin, nach der hier ein hoher Personalaufwand notwendig sei.

Stadtrat Mahlmeister weist darauf hin, dass in den letzten Jahren bei freiwilligen Leistungen immer gekürzt worden sei und es nach außen nicht nachvollziehbar sei, wenn die PAM e. V. nun einen Zuschuss von 10.000,00 € erhalten würde. Seiner Meinung nach solle man den Zuschuss an PAM e. V. mit 3.000,00 € beibehalten.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass Herr Christof die beantragte Summe auch belegt habe und Qualität einen gewissen Standard benötige. Er gibt zu Bedenken, dass durch Reduzierung der Standards auch die Qualität zurück gehen könnte.

Stadträtin Richter fragt nach dem Punkt 3 d) im Beschlussentwurf, laut dem die Nr. 1.8 des Vereinbarungsentwurfs (Zusammenarbeit mit Museum/Archiv) unverändert übernommen werden solle. Sie möchte eine bessere Formulierung im Beschlussentwurf, da ihr die Anforderungen - beispielsweise mit Archivaren - zu hoch seien.

Amtsrat Hartner weist darauf hin, dass man mit diesem Punkt nicht die Fachkompetenz des Herrn Christof antasten wolle, sondern diese Punkte normale Regularien im Bereich Museum/Archiv seien, wie es bereits Frau Nomayo in der Kulturausschusssitzung erläutert habe.

C. Mit 26 : 0 Stimmen

Dem Antrag von Stadtrat Müller auf Schluss der Debatte wird stattgegeben.

D. Mit 6 : 20 Stimmen

Der jährliche Sachkosten Zuschuss zur Durchführung von Sommerausstellungen beträgt für die Jahre 2008 – 2011 10.000,00 €.

E. Mit 12 : 14 Stimmen

Der jährliche Sachkosten Zuschuss zur Durchführung von Sommerausstellungen beträgt für die Jahre 2008 – 2011 6.000,00 €.

F. Mit 22 : 4 Stimmen

Der jährliche Sachkosten Zuschuss zur Durchführung von Sommerausstellungen beträgt für die Jahre 2008 – 2011 3.000,00 €.

G. Mit 25 : 1 Stimmen

Für die Durchführung einer Ausstellung werden Leistungen des Bauhofs im Wert von max. 1.000,00 € sowie für die Lagerung von Ausstellungsmaterial Lagerkosten von max. 3.000,00 € wird unverändert übernommen.

H. Amtsrat Hartner stellt fest, da über den Rest des Beschlusssentwurf (Ziffer 3b. und 3d.) nicht abgestimmt worden sei, diese Punkte so zu belassen, wie es derzeit im Vereinbarungsentwurf formuliert sei.
Hiermit besteht Einverständnis.

3. BGVNr. 70/05 Tektur

Neubau eines Einfamilienwohnhauses

Fl.Nr. 5351/4 Hch.-Fehrer-Str. 46

Antragsteller: Frau G. Hava, Albertshofen

Hier: Befreiungen von den Festsetzungen des B-Plans Nr. 15 „Tännig-West“, Kenntnisnahme

(Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich unaufgefordert in den Zuhörerbereich.)

A. Dipl. – Ing. Lepelmann geht auf den Sachverhalt ein. Die nachträgliche Zustimmung sei mit Rechtsrätin Schmöger abgestimmt. Er ergänzt, dass aufgrund der fehlenden Abriss- sowie der fehlenden Baugenehmigung eine Bußgeldverfahren eingeleitet werde. Bürgermeister Böhm erklärt hinsichtlich des Verfahrens, dass durch das Zusammenlegen beider Grundstücke der Bebauungsplan weitgehend eingehalten werde, worauf er die Tektur vorgeschlagen habe.

Stadtrat Mahlmeister spricht über die Vorgehensweise seinen Unmut aus, da zunächst gebaut worden ist und erst dann ein Bauantrag eingereicht wurde. Mit diesem Vorgehen werden Bauwillige, die ordnungsgemäß einen Antrag stellen und dann bauen, ungerecht behandelt. Seiner Meinung nach müsse man aufpassen, dass diese Vorgehensweise nicht zur Gewohnheit werde.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass man seitens der Verwaltung diese Vorgehensweise nicht begrüßt habe, bittet trotzdem der Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans zuzustimmen.

B. **Mit 17 : 8 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Der gewährten Befreiung von den Festsetzungen des B-Plans Nr. 15 „Tännig-West“ zur Bauweise (Grenzbebauung statt Abstand) für den Neubau eines Einfamilienwohnhauses auf Fl.Nr. 5351/4, Hch.-Fehrer-Str. 46, durch Frau G. Hava, Albertshofen, wird nachträglich zugestimmt.

4. (Ungenehmigte) Errichtung einer Mobilfunkanlage Böhmerwaldstr. 6

Information über den Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung bzw. einer Befreiung gem. § 34 Abs. 2 BauGB i.V. m. § 31 Abs. 2 BauGB von den Festsetzungen des Bebauungsplanes bzw. der Baunutzungsverordnung

A. Oberbürgermeister Moser erklärt, dass die Böhmerwaldstraße 6 der gleiche Sachverhalt wie die Böhmerwaldstraße 2 sei und daher analog dem Beschluss vom 24.11.2005 – Zurückstellung der Entscheidung bis das Standortkonzept vorlege – beschlossen werden sollte. Er ergänzt, dass aufgrund der ungenehmigten Errichtung hier ein Bußgeldverfahren einzuleiten sei.

2. Bgmin. Gold erläutert ausführlich das bisherige Verfahren zu diesem Standort und berichtet von Versäumnissen seitens der Stadt Kitzingen. Sie hat Bedenken, hier ein Bußgeldverfahren einzuleiten, da die Verwaltung ihrer Pflicht nicht nachgekommen sei. Stadtrat Heisel ist ebenso der Auffassung, dass sich das Vorgehen der Stadt einerseits und das Androhen eines Bußgeldes andererseits, widerspreche.

Dipl. – Ing. Lepelmann weist darauf hin, dass man keine rechtliche Möglichkeit habe, den Mobilfunkmast in einem WA-Gebiet abzulehnen. Seiner Auffassung nach solle man ein Bußgeld festlegen, da – wie auch Rechtsrätin Schmöger schon erläutert habe – bei der Errichtung eine Ordnungswidrigkeit vorliege.

2. Bgmin Gold fragt nach, wer sich um relevante Daten zu Standorten (WA, Kindergarten, Schulen) kümmern müsse. Sie möchte wissen, ob sich die Betreiber darum kümmern oder ob die Stadt Kitzingen die Daten liefern müsse. Zudem weist sie nochmals darauf hin, dass die einzigste Möglichkeit dem Mobilfunk in diesem Bereich Herr zu werden, der Erlass einer Veränderungssperre sei.

Stadtrat Weiglein weist darauf hin, dass der Erlass einer Veränderungssperre mit der Begründung, Mobilfunk in diesem Bereich zu verbieten, nicht möglich sei, was auch verschiedene Urteile bereits bestätigt haben.

Stadtrat Heisel erklärt, dass man die Veränderungssperre nicht mit dem Thema Mobilfunk begründen wolle, sondern das Erstellen des Standortkonzeptes als Grundlage nehmen müsse.

Stadtrat Weiglein gibt zu Bedenken, dass das Standortkonzept ebenso den Mobilfunk zum Thema habe und er keine Aussicht auf Erfolg sehe.

Oberbürgermeister Moser gibt hinsichtlich der Veränderungssperre nochmals zu Bedenken, dass hierbei ein Aufstellungsbeschluss zu einem Bebauungsplan vorliegen müsse, was innerhalb einer Woche nicht machbar sei.

Stadtrat Schmidt spricht sich zwar grundsätzlich für die Veränderungssperre aus, gibt aber zu Bedenken, dass eine solche weitreichende Entscheidung nicht kurzfristig gefasst werden könne. Er möchte wissen, wann die Möglichkeit bestehe, über den Grundsatz einer Veränderungssperre zu diskutieren.

Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass dies bis zum Januar 2006 möglich sei.

Stadtrat Müller bittet daraufhin, die Diskussion zu beenden und nach Prüfung durch die Verwaltung hinsichtlich einer Veränderungssperre in diesem Bereich die Angelegenheit nochmals zum Thema zu machen, um hierüber einen Beschluss fassen zu können.

Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

Stadtrat Müller bittet abschließend, bei eingehenden Anträgen, den Betreibern die besonderen Daten im betroffenen Bereich (WA, Kindergärten) mitzuteilen.

B. Mit 25 : 0 Stimmen

Die Entscheidung wird zurückgestellt, bis durch ein noch zu erstellendes Standortkonzept weitere Informationen vorliegen.

Parallel dazu ist ein Bußgeldverfahren einzuleiten/durchzuführen.

5. Mobilfunk in Kitzingen

Hier: Vollzug des Stadtratsbeschlusses vom 24.11.2005

A. Oberbürgermeister Moser fragt nach, ob die Aufstellung der bestehenden und geplanten Mobilfunkanlagen zur Kenntnis genommen werden könne.

2. Bgmin. Gold hat im Folgenden verschiedene Fragen zu einzelnen Anlagen, worauf Dipl. – Ing. Lepelmann jeweils kurz Stellung nimmt.

Stadträtin Schmidt stellt aufgrund der Diskussion fest, dass die Verwaltung dieses Thema ungenügend angehe und eine Person mit der Bearbeitung überlastet sei. Ihrer Meinung nach müsste dies besser aufgeteilt werden.

Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass bei früheren Beratung bereits mitgeteilt worden sei, dass bei gewünschter Ausführung der Arbeiten hinsichtlich Mobilfunk, dies mit dem derzeitigen Personalkörper nicht möglich sei.

Stadtrat Müller ist der Auffassung, dass dies ein Organisationsproblem in der Verwaltung sei. Seiner Meinung nach, solle es versucht werden – auch durch Arbeitsverteilung - die Aufgaben zu bewältigen und nicht von vornherein zu sagen, dass dies mit dem Personalkörper nicht möglich sei.

Abschließend diskutieren die Stadträte nochmals über das Vorgehen hinsichtlich Mobilfunk.

B. Ohne Abstimmung

Vom Verzeichnis über Neuanlagen/Erweiterungen aus 2005 sowie über geplante Vorhaben wird Kenntnis genommen.

6. Budgetierung UA 3400 – Heimat- und Kulturpflege 2006

Mit 24 : 0 Stimmen

Der UA 3400 – Heimat- und Kulturpflege - wird für das Jahr 2006 budgetiert. Die Budgetsumme beträgt 50.520 € (Einnahmen: 1.700 €, Ausgaben: 52.220 €). Das Budget umfasst folgende Haushaltsstellen:
3400.1330 / 3400.1339 / 3400.1670 / 3400.1752 / 3400.1771
3400.5490 / 3400.6318 / 3400.6319 / 3400.6790 / 3400.7090 / 3400.7099

7. Budgetierung des UA 0501 – Standesamt

Mit 23 : 0 Stimmen

Im Haushaltsjahr 2006 wird der UA 0501 – Standesamt – budgetiert. Das Budget wird auf 143.460,00 € festgelegt. Das Budget umfasst alle Haushaltsstellen des Verwaltungshaushaltes dieses UA, außer HhSt. 0501.4590 (Beihilfe). Eine Aufstellung der Haushaltsstellen ist als Anlage beigefügt.

8. Festlegung von Straßennamen: Baugebiet „Hammerstielweg“

Mit 22 : 0 Stimmen

Die Erschließungsanlagen im Baugebiet „Hammerstielweg“ erhalten folgende Namen:

- a) Straße A: „Olga-Pöhlmann-Straße“
- b) Straße B „Max-Fromm-Straße“

9. Anfrage zur Errichtung einer Photovoltaikanlage (Fl.Nrn. 48 u. 49 Gmkq. Hohenfeld) Antragsteller: Fa. Seynstahl, Kitzingen

A. Berufsmäßiger Stadtrat Groß berichtet von einem eingegangenen Antrag für einen weiteren Teilbereich. Seiner Auffassung nach, könne man den Antrag des Herrn Seynstahl nur dann genehmigen, wenn in Abstimmung mit den neuen Antragstellern beide Bereiche zusammengelegt werden, um eine Zersiedelung zu vermeiden. Stadtrat Müller ist der Auffassung, dass es hierbei lediglich um den Antrag des Herrn Seynstahl gehe, der nicht abhängig von einem weiteren Antragsteller gemacht werden könne. Seiner Meinung nach, müsse man den Antrag genehmigen und den Brüdern König eine Genehmigung nur dann erteilen, wenn er an den Bereich von Seynstahl heranrücke.

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene bittet, da es bei früherer Anträgen zu Photovoltaikanlagen Probleme mit „FFH-Gebieten“ gegeben habe, dies dem Antragsteller vorab mitzuteilen.

Dipl. – Ing. Lepelmann schlägt vor, Herrn Seynstahl bei der Übermittlung der Entscheidung gleichzeitig mitzuteilen, dass es bei diesem „FFH-Gebiet“ evtl. Probleme geben könnte und dies vorab abgeklärt werden müsse.

B. Mit 23 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen
2. Für die Errichtung einer Solaranlage auf der Fl.Nr. 563/1 und 563 (Gmkg. Hohenfeld) wird seitens der Stadt das grundsätzliche Einverständnis signalisiert, sofern in einem durchführenden Bebauungsplanverfahren keine gegenteiligen Erkenntnisse auftreten.
3. Die Planung/Umsetzung soll gem. § 12 BauGB vonstatten gehen (V+ E-Plan). Die Verwaltung wird zu den entsprechenden Verhandlungen ermächtigt.

10. Abgabe von Parkgutscheinen: Übernahme der Druckkosten durch die Stadt Kitzingen

Mit 22 : 1 Stimmen

Dem erneuten Antrag des Stadtmarketingvereins, die Druckkosten für die Parkgutscheine zu übernehmen, wird zugestimmt.

11. Information von Oberbürgermeister Moser Änderung der Geschäftsordnung

Oberbürgermeister Moser weist aufgrund der Problematik hinsichtlich der Behandlung der Bausachen in der Sitzung des Finanzausschusses darauf hin, dass nach Prüfung durch die Rechtsaufsichtsbehörde (Landratsamt Kitzingen) empfohlen wurde, die Geschäftsordnung dahingehend zu ändern, dass die Zuteilung der Bausachen präziser festgehalten werde.

Stadtrat Weiglein spricht seinen Unmut darüber aus, dass zunächst bei den Beratungen zur Geschäftsordnung im Jahr 2002 der Antrag der CSU, der diese Problematik zum Thema hatte, abgelehnt wurde. Er weist darauf hin, dass die Geschäftsordnung zum damaligen Zeitpunkt von der Rechtsaufsicht genehmigt wurde und könne es nicht nachvollziehen, dass die Geschäftsordnung nun geändert werden solle. Er möchte wissen, ob es hierzu begründende Schreiben gibt, wie beim Landratsamt nachgefragt worden sei.

2. Bgmin. Gold erklärt, dass sie aufgrund der Diskussion im Finanzausschuss es für notwendig gehalten habe, die Einladung und die Sitzungsvorlagen bzgl. der Bausachen überprüfen zu lassen.

12. Anfrage von Stadtrat Müller Beauftragung des Projektanten bzgl. Photovoltaikanlage

Stadtrat Müller möchte wissen, welche Konsequenzen sich nun ergeben, dass entgegen des Beschlusses für die Planung der Photovoltaikanlage ein Projektant hinzugezogen worden sei. Die Stellungnahme habe er zwar bekommen, ihm fehle jedoch eine Konsequenz aus dem Fehlverhalten.

Oberbürgermeister Moser gesteht ein, dass hierüber der Stadtrat hätte informiert werden müssen. Er weist aber auch darauf hin, dass das Bauamt begründet habe, dass sie fachlich nicht in der Lage seien und die Hinzuziehung eines Projektanten dringend notwendig war.

Stadtrat Müller spricht nochmals seinen Unmut aus, dass in der Sitzungsvorlage der Projektant nicht aufgeführt war und die Verwaltung dies erst auf Nachfrage erklärt habe.

13. Anfrage von Stadträtin Schmidt
Anstrich des Museums

Stadträtin Schmidt fragt nach dem Anstrich des Museums und stellt fest, dass dieser bereits erfolgt sei, jedoch der Stadtrat die Entscheidung nicht herbeigeführt habe.

In diesem Zusammenhang fragt Stadtrat Lorenz nach der geforderten Stellungnahme bezüglich des Putzes, der nicht mit der Gestaltungssatzung vereinbar sei.

Dipl. – Ing. Lepelmann weist darauf hin, dass man diese schriftlich an die Fraktionen und Gruppen geben werde.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 20.55 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführer
gez.
Müller